



Satzung

§ 1 Name und Sitz

1. Der Verein führt den Namen Frauen helfen Frauen.
2. Der Verein hat seinen Sitz in Ulm. Er soll in das Vereinsregister beim Amtsgericht Ulm eingetragen werden.

§ 2 Aufgabe und Zweck

1. Aufgabe und Zweck des Vereins ist die Planung, Förderung und Durchführung von Maßnahmen zur Hilfe und zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder.
2. Der Verein stellt sich zur Aufgabe:
 - a) Schaffung einer Beratungsstelle mit Telefondienst
 - b) durch Schaffung und Unterhaltung einer Einrichtung (Haus oder Wohnung) misshandelten, verlassenen und verzweifelten Frauen und deren Kindern Zuflucht zu gewähren, sie zu beraten und ihnen Hilfe zur Selbsthilfe zu geben
 - c) die Öffentlichkeit auf das Problem der Gewalt gegen Frauen aufmerksam zu machen, um so Vorurteile abzubauen und die Einsicht in die Notwendigkeit der Hilfe zu wecken und zu fördern.

§ 3 Gemeinnützigkeit

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige bzw. mildtätige Wohlfahrtszwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung vom 01.01.1977 in der jeweils gültigen Fassung. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.

Die Mitglieder erhalten in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendung aus Mitteln des Vereins.

Die Mitglieder erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins keine Anteile des Vereinsvermögens.

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden.

Mit seinem Vorhaben dient der Verein darüber hinaus unmittelbar der Wahrung, Förderung und dem Ausbau des Rechts eines Jeden/einer Jeden ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht. Zugleich dient der Verein damit unmittelbar der weiteren tatsächlichen Verwirklichung des Gleichberechtigungsanspruchs.

§ 4 Mitgliedschaft

1. Der Verein besteht aus ordentlichen und fördernden Mitgliedern.
2. Nur Frauen können ordentliche Mitglieder sein. Fördernde Mitglieder sind natürliche und juristische Personen sowie Organisationen, die die Tätigkeit des Vereins zu fördern bereit sind. Sie haben kein Stimmrecht.
3. Über die Aufnahme in den Verein entscheidet die Vollversammlung der ordentlichen Mitglieder. Der Vorstand hat die Möglichkeit, zwischen den einzelnen Mitgliederversammlungen die vorläufige Mitgliedschaft auszusprechen.
4. Über die Mitgliedschaft entscheidet der Vorstand.
5. Über die Höhe der Mitgliedsbeiträge entscheidet die Mitgliederversammlung.
6. Die Mitgliedschaft endet durch Austritt oder Ausschluss. Der Austritt kann durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand jederzeit ohne Einhaltung einer Frist erfolgen. Der Verein behält den Anspruch auf den Beitrag für das Halbjahr, in dem der Austritt erfolgte. Der Ausschluss eines Mitgliedes kann durch den Vorstand ausgesprochen werden, wenn ein Mitglied gegen die Vereinsinteressen verstößt. Dem Mitglied ist vorher Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Widerspricht die oder der Betroffene innerhalb eines Monats dem Ausschluss, so hat der Widerspruch aufschiebende Wirkung. Über den Widerspruch des Mitgliedes entscheidet die Mitgliederversammlung.
7. Ist ein Mitglied postalisch nicht mehr erreichbar und /oder zahlt länger als zwei Jahre keinen Mitgliedsbeitrag, kann der Vorstand die Mitgliedschaft beenden.

§ 5 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

- a) Mitgliederversammlung
- b) Vorstand

§ 6 Mitgliederversammlungen

1. Ordentliche Mitgliederversammlungen finden mindestens jährlich statt. Alle ordentlichen Mitglieder haben gleiches Stimmrecht. Das Stimmrecht kann nicht auf ein anderes Mitglied übertragen werden. Die Mitgliederversammlung beschließt, soweit in der Satzung nichts anderes festgelegt ist, mit einfacher Mehrheit der Stimmen.
2. Die Einberufung der Mitgliederversammlung erfolgt durch den Vorstand schriftlich mit gleichzeitiger Bekanntgabe der vorläufigen Tagesordnung mit einer Frist von mindestens sechs Wochen. Anträge zur Tagesordnung sind spätestens drei Wochen vor der Mitgliederversammlung dem Vorstand schriftlich mitzuteilen. Solche Anträge sind mindestens 1 Woche vor der Mitgliederversammlung den Mitgliedern mitzuteilen. Außerdem erfolgt eine Einberufung zur Mitgliederversammlung, wenn mindestens 20 % der ordentlichen Mitglieder unter schriftlicher Angabe von Gründen dies wünschen. In diesem Fall hat die Einberufung innerhalb von zwei Wochen nach Eingang des Antrages zu erfolgen und muss spätestens drei Wochen nach der Einladung stattfinden.

3. Der Mitgliederversammlung obliegt über die in der Satzung an anderer Stelle festgelegten Aufgaben hinaus insbesondere:
- a) Wahl des Vorstandes für jeweils zwei Jahre in geheimer Abstimmung. Bei vorzeitiger Beendigung wählt die Mitgliederversammlung ein neues Mitglied für die Dauer der restlichen Amtszeit, wenn die restliche Amtszeit mehr als zwei Monate beträgt. Die jeweils amtierenden Vorstandsfrauen bleiben nach Ablauf ihrer Amtszeit solange im Amt, bis ihre Nachfolgerinnen gewählt sind und ihr Amt antreten können.
 - b) Entgegennahme und Beratung des vom Vorstand vorgelegten Geschäftsberichtes und des Wirtschaftsplanes.
 - c) Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan.
 - d) Entlastung des Vorstandes.
 - e) Satzungsänderungen mit 2/3 Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder.
 - f) Wahl von mindestens zwei Kassenprüferinnen. Die Kassenprüferinnen dürfen dem Vorstand nicht angehören.
 - g) Festsetzung von Mindestmitgliedsbeiträgen.
 - h) Erlass und die Änderung einer Geschäftsordnung.

Über die Beschlüsse wird eine Niederschrift gefertigt, die von der Sitzungsleiterin und Schriftführerin oder deren Stellvertreterin zu unterzeichnen ist. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 25 % der ordentlichen Mitglieder anwesend sind. Bei Beschlussunfähigkeit kann die beschlussunfähige Mitgliederversammlung eine neue Versammlung mit der gleichen Tagesordnung - oder einem Teil davon - beschließen, die innerhalb eines Monats stattfinden soll und zu der mit einer Frist von zwei Wochen einzuladen ist. Diese Mitgliederversammlung ist dann in jedem Fall beschlussfähig. In der Einberufung ist auf diesen Umstand hinzuweisen.

§ 7 Vorstand

1. Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind mindesten zwei gleichberechtigte Mitglieder. Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch jedes Mitglieder des Vorstandes einzeln vertreten.
2. Der Vorstand ist bei seiner Tätigkeit an die Weisungen und an die von der Mitgliederversammlung beschlossene Geschäftsordnung gebunden. Ihm obliegt die Führung der laufenden Geschäfte, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt, insbesondere die Aufstellung des Geschäftsberichtes und Aufstellung sowie Einhaltung des Wirtschaftsplanes.
3. Vorstandsfrauen können von der Mitgliederversammlung auch vor Ablauf ihrer Amtszeit abgewählt werden. Dazu bedarf es der Mehrheit von 2/3 aller anwesenden, stimmberechtigten Mitglieder.
4. Eine Wiederwahl ist zulässig.
5. Der Vorstand kann eine Geschäftsführerin bestimmen.
6. Die Beschlüsse des Vorstandes werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.

§ 8 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das 1. Geschäftsjahr beginnt zum 01.01. des folgenden Jahres.

§ 9 Kassenprüferinnen

Die Finanzen des Vereins werden innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres von den Kassenprüferinnen geprüft. Über das Ergebnis der Prüfung berichten sie in der Mitgliederversammlung.

§ 10 Auflösung des Vereins

Über die Auflösung des Vereins entscheidet die Mitgliederversammlung mit $\frac{3}{4}$ Mehrheit aller ordentlichen Mitglieder. Der Beschluss kann nur nach Ankündigung in der Einladung zur Mitgliederversammlung gefasst werden. Wenn weniger als $\frac{3}{4}$ aller ordentlichen Mitglieder anwesend sind, von den Anwesenden jedoch mindestens 75 % für die Auflösung stimmen, können sie umgehend eine weitere Mitgliederversammlung einberufen, in welcher dann für die Auflösung eine $\frac{3}{4}$ Mehrheit der anwesenden Mitglieder genügt. Auf diesen Umstand ist in der Einladung, die mit einer Frist von mindestens zwei Wochen zu erfolgen hat, hinzuweisen.

Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das verbleibende Vermögen des Vereins an eine oder mehrere gemeinnützige oder mildtätige Organisationen mit möglichst gleichartiger Zielsetzung, die Mitglieder des DPWV Landesverband Baden-Württemberg e.V. sein müssen. Über die begünstigte/n Organisation/en entscheidet die Mitgliederversammlung bei der Auflösung des Vereins. Andernfalls fällt das Vermögen an den DPWV Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vereinsvermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden.

Diese Satzung wurde in der Mitgliederversammlung am **25.06.2007** beschlossen und ist nachfolgend von den Vorstandsfrauen unterzeichnet.

.....
Monika Haschke-Plöger - Vorstand